

Streit um Klimaabgabe

Metall gegen Kohle

Michael Bauchmüller, SZ, 20.4.15

Berlin - Im Kampf gegen eine neue Klimaabgabe für alte Braunkohlekraftwerke hat IG-BCE-Chef Michael Vassiliadis ganze Arbeit geleistet. Für nächsten Samstag ist eine Großdemonstration in Berlin geplant, Tausende Kumpel aus den deutschen Braunkohle-Revieren werden herangekarrt. Ihr Ziel: Bundeswirtschaftsministerium und Kanzleramt. Selbst eine Investmentfirma spannte die Bergbaugewerkschaft ein: Sie sollte die Zahlen des Ministeriums noch einmal nachrechnen, das Ergebnis war ganz nach Plan. Mit den Plänen von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), künftig älteren Meilern einen zusätzlichen Klimaobulus abzuknöpfen, drohe ein gefährlicher "Dominoeffekt" in den Braunkohle-Revieren: Erst sterben die älteren Kraftwerke, dann der Rest.

Das wiederum macht den nordrhein-westfälischen Wirtschaftsminister Garrelt Duin, ebenfalls Sozialdemokrat, nachdenklich: "Mit den Ergebnissen des Gutachtens der Investmentgesellschaft Lazard verstärken sich unsere Bedenken, dass es zu Strukturbrüchen kommen kann", ließ er am Wochenende wissen, ausgelöst durch den Kohlendioxid-Aufschlag. "Dazu darf es nicht kommen." Rückhalt aus dem mächtigen Nordrhein-Westfalen - besser kann es kaum laufen für den Gewerkschaftschef. Gäbe es da nicht diesen Brief.

"Wir plädieren dafür", so heißt es in dem Schreiben, "den Kolleginnen und Kollegen der Kohleindustrie reinen Wein einzuschenken". Strom aus Braunkohle sei "als Klimakiller nicht mehr zu verantworten", effiziente Gaskraftwerke seien die bessere Alternative, der Strukturwandel sei überfällig. "Wir meinen, jedes Bundesland kann ohne Braunkohle und jedes Bundesland muss ohne Braunkohle auskommen." Absender: Die IG Metall. Der Gewerkschaftsvorstand in Emden hat das Schreiben aufgesetzt, also einer Region, in der Stahl zu Windrädern geschmiedet wird. Mit Braunkohle hat der Norden wenig am Hut, dafür umso mehr mit Windkraft. Und als Ausgleichsenergie für schwankende Brisen taugt die Braunkohle ohnehin nur bedingt. "Grüne Energien sind ein wichtiger Wachstumsmotor, der schon heute zigmal mehr Menschen Arbeit bietet als die Braunkohle", schreiben die Metalller. Es kommt nicht oft vor, dass sich Gewerkschafter in einer politischen Frage so harsch von Mitgewerkschaftern distanzieren. Nach SZ-Informationen ging der Brief nicht nur an Gabriel, sondern auch an Vassiliadis.

Der Streit freilich kommt nicht von ungefähr. Seit Längerem stänkert die IG BCE, die auch die Interessen etwa von Chemie-Arbeitnehmern vertritt, gegen die Ökostrom-Förderung. "Wir können nicht auf Dauer jedes Angebot an Erneuerbaren bezahlen, egal was es kostet und ohne dass es Netze und Bedarf dafür gibt", heißt es in einem kürzlich vorgestellten Gewerkschaftspapier, Titel: Umsteuern in der Energiepolitik. "Bei den Verbraucherinnen und den Verbrauchern sowie bei der Industrie ist die Belastungsgrenze erreicht." Das allerdings hören viele Metalller im Norden gar nicht gern. Hängen doch ihre Jobs auch davon ab, dass der Ökostrom weiter boomt.

So wird der Streit zwischen alter und neuer Energie zum Konflikt auch für das Gewerkschaftslager. Immerhin aber könnten sie aus eigenen Erfahrungen mit Strukturwandel sprechen, schreiben die Emdener Metalller. "Wichtig ist", so raten sie, "den notwendigen nachhaltigen Umbau frühzeitig, entschlossen und konstruktiv anzugehen".